

Spangenberger Zeitung.

Zeitung für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 27

Ergebnis: wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
abends für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro
Monat 0.80 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen "Mein Garten",
"Die Frau und ihre Welt", "Der letzte Alttag", "Recht und Erbteilung",
"Unterhaltungsbüchlein". Durch die Postanstalten und Briefträger be-
zogen 1.20 RM. Im Hause höherer Gewalt wird dem Schadenrabst gesehnet.



Teleg.-Adr. Zeitung:

Anzeigen werden die Lebhaftspartens vom hohen (Petit) Zelle oder deren
Räume mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung
entsprechender Anzeige; Reklamen kosten pro Zelle 10 Pf. Verbindlichkeit
für Platz, Datenvorchrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegerücht
für öffentl. und Kunstst. beträgt 15 Pf. Zeitungsbüchlein werden billiger
berechnet. Zahlungen an Poststelle Frankfurt am Main Nr. 20771

und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

114

Donnerstag, den 22. September 1932.

25. Jahrgang.

Entspannung in Preußen

Erkennung der Gehorsamspflicht der Beamten im Landtag — Vor der Vertagung des Plenums
bis Mitte November

Genf ohne Deutschland

— Berlin, 22. September.

Das Büro der Abrüstungskonferenz, das
wöchentlich nach längerer Pause seine Arbeiten wieder
aufgenommen hat, sieht sich in einer ernsten Lage gegenüber.
Die Konferenz ist da! Entsprechend der von
deutschen Delegationsführer in der letzten Sitzung vor
Bertagung der Abrüstungskonferenz abgegebenen Erklärung
wurde die Reichsregierung mit dem in der Bürositzung
schon verlesenen Schreiben an Henderson der Konferenz
in Rücksicht auf die weitere Mitarbeit von der vor-
herigen Anerkennung des deutschen Anspruchs auf Gleich-
berechtigung abhängig gemacht.

Wenn auch das Büro selbst die Entwicklung mit mar-
kenter Rübe zur Kenntnis genommen hat, so loren sich doch
in diesem Ausschuss vertretenen Mächte um so mehr
um, wie die Konferenz schließlich doch noch zu retten ist.
Auch Ruhland ohne die wesentlichen Herab-
setzung der Rüstungen an den Arbeiten der technischen Aus-
sicht nicht teilnehmen wird. Die Sorge ruht allerdings
daher, daß die Richterfüllung des Vertrags abge-
schwächendes der Staatsmänner der Mili-
tärmächte als Schmach auf den Seele brennt; im Gegenteil
sind die Gedanken der Rüstungsbegrenzung lebendig erbält,
ist einzig der Druck der riesigen Rüstungen ge-
gen die, die die großen Militärmächte zu tragen haben, und
so plante in diesen Ländern die wirtschaftliche Entwicklung
sehr beeinträchtigen, wie früher die Wälle veralteter
Städte das Wirtschaftsleben dieser oder jener Stadt ge-
kennzeichnet haben.

Die genannte Abrüstungsbereitschaft ist also nicht von
Erfahrungsdicke, daß besser noch als Bajonetten.

Unter dem Druck einer gerechten Ordnung des
Kulturrebens den Frieden gewährleisten, vielmehr hat

die Bereitschaft ihre Ursache lediglich in wirtschaftlichen
Rücksichten, in dem Zwang nämlich, die verfügbaren

Mittel mehr als bisher für produktive Zwecke verwenden zu

müssen. Und darin findet auch der Widerpruch seine Lösung,

daß die Mächte, die jetzt in Besorgnis um die Abrüstungs-
politik Noten formulieren und Erklärungen abgeben, die
Aufstellung der Frage der deutschen Gleichberechtigung als
eine Slösung und als "unzeitgemäß" empfinden können!

Zufällig ist aber gerade die Verstärkung der von

Deutschland geforderten Gleichheit aller Völker in ihren Rech-
ten und Pflichten der einzige Weg, auf dem wir zur Ver-
änderung der Herrengesetze, zur politischen Verhügung
und zum sozialen Frieden gelangen können. Wer deshalb
die Abrüstung will, der muß auch die Wiedergut-
machung des Unrechts von Versailles wollen,
wenn wo die Gewalt triumphiert, ist auch die Furcht zu

zum Ruhlande und der Haß.

Diese Zusammenhänge machen es jeder deutschen Regie-
rung unmöglich, einem Abrüstungsabkommen zuzustimmen,
da sie nicht auf der vollen Gleichberechtigung der Nationen
aufgebaut ist. Würde Deutschland anders verfahren, dann
würde es damit nur einen Erfolg der Konferenzarbeiten
maßnahmen, der nicht vorhanden ist, also eine Illusion näh-
ren, aus der es für die Völker einmal ein schlimmes Er-
eignis geben müßte. Wenn daher in den letzten Tagen von
seiten für die Rücksicht Deutschlands nach Genf gewor-
ben wird, dann sind sich diese Ratgeber hoffentlich auch
über die Tatsache, daß die weitere Mitarbeit Deutschlands nur
durch die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung er-
möglicht werden kann.

Im anderen Falle müßten diese Vermittelungs-
versuche, die der Präsident der Abrüstungskonferenz

Henderson dadurch zu erleichtern versuchte, daß er
in aller Offenheit der Richterfüllung des in Versailles

abgeschwächendes der Staatsmänner der Mili-
tärmächte gegen die deutsche Gleichberechtigung geflossen hat, die gleiche

Wirkung haben wie die englische Denkschrift, die angeblich

Ruhland zur Rücksicht nach Genf bewegen sollte, die
dann über durch ihren Ton und die ganz überflüssige Be-
handlung der Rechtswirklichkeit des Teiles V des Vertrags

als nur neue Hindernisse aufgezählt hat.

Wie diese Vermittelungsbemühungen nun auch ausge-
sehen mögen, sicher werden sie jetzt, nachdem das Büro der

Abrüstungskonferenz wieder verfasst ist und die Mi-
tärmächte der führenden Staaten anlässlich der Herbstveran-
staltung des Ruhlandes Belegenheit zu einer neuen Rücksicht-
nahme haben, mit größtem Nachdruck fortgesetzt werden. In
diesem Zusammenhang verweist man im Auslande neuer-
dings auf den "konstruktiven" Teil der englischen Denkschrift,
der angeblich von Deutschland in der Empörung über den
zum ersten Ton des ersten Teiles der Denkschrift nicht ge-
führten gewertet worden sei soll. Auch die Regierung der
Vereinigten Staaten, so kann man in der Auslandsprese
sehr interessiert sich lebhaft für diesen "konstruktiven" Teil
und habe die Absicht, die Hoover-Vorschläge in ein
zu bauen nach Art des Londoner Planes

Über die Haltung der Vereinigten Staaten werden im
übrigen die verschiedensten Mutmaßungen angestellt. So
soll angeblich der amerikanische Senator Reed anlässlich
einer Zusammensetzung mit Herrn Hérot dem französischen Mi-
nisterpräsidenten die Unterstützung einer öffentlichen fran-
zösischen Stellungnahme gegen die deutsche Gleichberech-
tigungsforderung in Aussicht gestellt haben, wenn die Fran-
zosen dafür die amerikanische Politik in der brenglichen
Mandatsfrage begünstigen. Diese Gerüchte haben aber
inzwischen wohl mit der Erklärung des Präsidenten Hoover
ihre Erledigung gefunden, nach der die einzige Frage, für
die Amerika Interesse hat, die schriftweise Einräumung
der Rüstungen in der ganzen Welt ist und Amerika daran
liegt, daß Deutschland sich weiterhin an der Abrüstungskon-
ferenz beteiligt.

Wenn Amerika ausschließlich für die Abrüstung ein Interesse hat, dann bedeutet das doch wohl auch, daß die Spe-
kulation Frankreichs auf die Garantie der Unan-
tarktigkeit des Vertrags, was Amerika betrifft, heute
wie gestern von irgendeinem Voraussetzung ausgeht.
Für Deutschland verbleibt es jedenfalls dabei, daß un-
sere Stellungnahme nicht durch Versprechungen, auch nicht
dadurch zu ändern ist, daß man uns den Druck unserer
Isolierung fühlen läßt, sondern einzige und allein durch die
Anerkennung des Anspruchs auf gleiche Sicherheit! Ohne
diese Anerkennung ist Deutschland die Rücksicht nach Genf
unmöglich, wie es soeben auch Reichsausßenminister Frei-
heit von Neurath nochmals in einem Auftrag klarstellte.
Es ist nunmehr die Sache der anderen, klarzustellen, wieweit
es ihnen mit der Abrüstung und mit der Befriedung der
Welt ernst ist. Eine etwaige Zermürbungstat würde an
der in dieser Frage immerhin vorhandenen Einmütigkeit
der deutschen Nation zerstören.

Abrüstungsbüro tagt

In Abwesenheit der Deutschen. — Ruhland verzichtet auf die
Mitarbeit in den technischen Ausschüssen.

— Genf, 22. September.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Henderson nahm das
Büro der Abrüstungskonferenz seine "Arbeiten" wieder auf.
Beherrschte wurde die Sitzung von der Abwesenheit Deutsch-
lands. Es ist das erste Mal seit dem Beginn der Abrüstungs-
konferenz im Februar, daß Deutschland an der Sitzung des
Abrüstungsbüros nicht teilnimmt.

Das Büro tagt zunächst hinter verschlossenen Türen und
hielt dann eine öffentliche Sitzung ab, in der Henderson
einen Redebeschluß der Konferenz zu entfesseln, so-
lange nicht Beschlüsse über wesentliche Herabstufungen der
Rüstungen gefasst seien. Weiter berichtete Henderson über sei-
nen Briefwechsel mit dem Reichsausßenminister von Neurath und
beantragte, die Debatte zu vertagen für den Fall, daß
die deutsche Regierung die Absicht habe, auf sein letztes
Schreiben vom 18. September eine Antwort zu erteilen. Der
Antrag wurde angenommen.

Zu der Eröffnungsitzung des Abrüstungsbüros war
auch der französische Ministerpräsident Hérot nach Genf
gekommen, weil er zeigen wollte, daß die Abwesenheit
Deutschlands diejenigen "Ereignisse" nichts von seiner Bedeutung
genommen hat. Um diesen Eindruck noch zu verstetigen, er-
klärte Hérot logisch, er werde nach der Eröffnungsitzung
schnell wieder nach Paris zurückkehren, um erst am
Montag zur Teilnahme an der Herbstveranstaltung des
Büroverbundes nach Genf zurückzukehren. Hérot will damit
offenbar zeigen, daß er die Lage der Abrüstungskonferenz

Deutschland bleibt fest

Reichsausßenminister von Neurath stellt seit: Der Kampf
um Deutschlands Gleichberechtigung wird durchgefämpft

— Berlin, 22. September.

Reichsausßenminister von Neurath äußert sich in der
Zeitschrift des Arbeitsausschusses deutscher Verbände über
den Kampf um die deutsche Gleichberechtigung und schreibt
dabei u. a.:

"Wir haben in Genf mit großer Geduld viele Monate
hindurch uns bemüht, eine durchgreifende allgemeine Abrüstung
nach unserem Willen herbeizuführen. Wir haben
ferner Gleichberechtigung verlangt. Das bedeutet praktisch,
daß das Abkommen über allgemeine Abrüstung, das in
Genf aufgestellt werden soll, für uns ebenso gilt wie für
die anderen Staaten. Gewisse ausländische Presseorgane
haben den Eindruck zu erwecken verucht, als ob es Deutsch-
land nicht auf die allgemeine Abrüstung, sondern auf seine
eigene Aufrüstung anstehe. Eine solche Verdächtigung stellt
die Tatsachen auf den Kopf.

Ich erinnere daran, daß unsere ehemaligen Kriegsgegner
nicht einmal in Versailles auf dem Höhepunkt der Macht
und des Sieges von uns die einseitige Abrüstung auf
ewige Zeiten verlangt haben. Die Übernahme der Ent-
waffnungsbestimmungen des Vertrags wurde von uns gefordert, um der allgemeinen Abrüstung den Weg zu öffnen, als Einleitung zu ihr, nicht
als einseitiger Dauerzustand.

Wenn wir heute, zwölf Jahre nach dem Friedensschluß, for-
dern, daß mit dem Ausnahmeregime für Deutschland endlich
Schluß gemacht und unsere Gleichberechtigung in der Wehr-
frage in der Form von Deutschlands Beteiligung an einem
internationalen Abrüstungsabkommen hergestellt wird, so er-
füllen wir damit nur eine selbstverständliche Forderung des
ganzen deutschen Volkes.

Ich hoffe, daß man sich nirgends über die Fesigkeits des
Willens läßt, der hinter unseren Forderungen steht. Ich
brauche kaum zu versichern, daß für Deutschland eine Beteiligung
an den Genfer Verhandlungen nicht in Frage kommt,
solange unter Anspruch auf Gleichberechtigung nicht von allen
beteiligten Staaten anerkannt wird. Das wäre mit der Ehre
des deutschen Volkes unvereinbar. Wir sind nicht gewillt,
eine Rolle minderen Rechts zu spielen. Darii weiß ich mich
mit dem ganzen deutschen Volke einig. Der Kampf um
Deutschlands Gleichberechtigung wird durchgefämpft werden.

Landtagsauflösung abgelehnt

— Berlin, 22. September.

Nach etwa dreiwöchiger Pause nahm der Preußischen
Landtag seine Plenarberatungen wieder auf, die jedoch nach
der Freitagsitzung bereits wieder beendet sein werden. Nach
den Dispositionen des Alteisenrates soll der Präsident er-
mächtigt werden, die nächste Sitzung des Plenums nach
Bedarf festzulegen. Man nimmt an, daß der Landtag, sofern
nicht außergewöhnliche Ereignisse eintreten, voraussichtlich erst nach der Reichstagswahl, also Mitte November,
wieder zusammentritt.

Zu Beginn der neuen Plenarsitzung, die wiederum gut
begüßt war und vollbesetzte Tribünen zeigte bei gähnender
Lerre auf der Regierungsbank, gab Abgeordneter Hinkel
folgende

Erklärung der NSDAP

ob: „Angesichts der Erfahrungen der Presse des Herren-
kultus und des Herrn Reichsanzlers von Papen bezüglich
der Auffassung der nationalsozialistischen preußischen Land-
tagssitzung zu den Rechten und Pflichten der Beamten dem
Reichskommissar in Preußen gegenüber erklärt die Fraktion
folgendes:

Die Fraktion hat am 30. August dem kommunistischen
Antrag zugestimmt, da am gleichen Tage auf Anordnung
der kommissarischen preußischen Regierung sämtlichen Mi-
nisterbeamten im Gegensatz zu den Rechten der
früheren Regierung und im Gegensatz zu den Rechten der
Volksvertretung verboten war, die Räume des Landtages
überhaupt zu betreten und ihrer pflichtgemäßen Berichter-
stattung der Volksvertretung gegenüber nachzufolgen. In
den letzten drei Wochen hat die preußische Regierung —
wohl unter dem Druck dieser Entscheidung — sich bemüht,
weitere Verfassungsverletzungen gegenüber der Volksver-
treterung zu vermeiden.

Die nationalsozialistische Fraktion des Preußischen
Landtages erklärt dazu, daß sie nicht daran denkt, von sich
aus gegenüber einer im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen
Befugnisse handelnden Regierung die Beamten und Staats-
angehörigen zu einer Verleugnung ihrer Pflichten aufzufordern.
Soweit die Reichskommissare von Papen und Dr. Bracht
unter dem Druck des Herrn Reichspräsidenten von Hinden-
burg, an dessen Verfassungstreue Zweifel nicht bestehen können,
im Rahmen der auch von ihnen bekräftigten Ver-
fassung handeln, sieht es die Fraktion der Nationalsozialis-
ten für eine selbstverständliche Pflicht aller Beamten und
Staatsangehörigen an, auch ihrerseits Verfassung und Gesetze
in preußischer Pflichterfüllung zu beachten.“

Anschließend brachte die nationalsozialistische Fraktion
folgenden Antrag ein: „Der Landtag will beschließen:

Seitdem die Reichsverfassung und die Verfassung des
Landes Preußen von der am Rüder befindlichen Regierung
gemäß dem von ihr beschworenen Eid geachtet und durch-
geföhrt wird, ist es Pflicht der Beamten und Staatsange-
hörigen des Preußischen, die Verfassung ebenfalls zu achten und zu
schützen.“

Nach weiterer Debatte trat dann das Haus in die Ta-
gesordnung ein und überwies etwa 200 Anträge den ein-
zelnen Ausschüssen zur Weiterberatung.

Zuvor war noch ein kommunistischer Antrag auf Au-
flösung des Landtages gegen die Stimmen der Antragsteller
abgelehnt worden.

bst zieht ins Land

Die mit der die Aktionen den Beginn der gleichen haben, hat in diesem Jahr der Herbst einiges zug gehabt. Noch einmal bevor die Herbstzeit rüstet, zeigt sie sich uns in den verschiedenen Farben schillert, die auch abends das Aufsteigen der Herbstnebel am Horizonten, und nicht zuletzt die langen Abende, die die Dämmerung nieder. An langen Abenden findet sich die Fa- me zusammen im traumten Kreise. Das eine leistet, ame, eine handarbeit vor sich, die Kinder spielen. häuslichen Abende wird der Rundfunk unterhalten.

Glück hatte, in einem harmonischen Familienkreis, verbrachten langen Abende. Sie sind soziale, die Familienbande enger zu knüpfen. In Eltern und Kindern frohe, der Unterhaltung gewidmete Stunden entstehen zu lassen, die in Erinnerung bleiben werden. Noch vor einigen Jahren mußte man darüber klagen, daß die Jugend in Not geraten, zu gern nach Vergnügungen sage und schreibe, keinen Geschmack abgewinnen könne; nun und es ist am Platz, vor einem anderen Extrem, nämlich davor, gerade die paar Stunden am mit erregten Diskussionen über Politik und Wirt- verbergen.

Den wir auch dem Menschen in uns das Recht, lassen wir auch dem Menschen in uns das Recht, die ruhigen Stunden des Herbstabends, das tut und erhebt die Freude am Heim, es trägt zur Her- stiftung und Gesellschaftsbildung viel bei und kostet doch eigentlich nichts, das heißt, nur den Willen, daß man doch auch mal bei sich „zu Hause“ sein will.

Schuh der Ernte. Wie der Amtliche Preußische Pressemitteilungen, geben Klagen über Beeinträchtigung der insbesondere der Kartoffelernte, durch Diebstähle in den Landesteilen, besonders in der weiteren Umgebung von Großstädten, dem Minister des Innern Verbot, den Polizeibehörden seinen Runderlaß vom 17. September 1931 in Erinnerung zu bringen, in dem die Behörden erachtet werden, dafür zu sorgen, daß die am Felde stehenden oder schon eingearbeiteten Beute vor dem Zugriff radikaler Elemente geführt werden. In den Orten mit staatlicher Polizeiverwaltung, in der Polizei gehört, soll die staatliche Polizei die Ge- polizeibeamten hierbei unterstützen. Zweckmäßig wird auf bereitete Beamte zurückzugehen sein. Der Minister erachtet die Polizeibehörden, dieser für die allgemeine Sicherung bedeutamen Frage erhöhte Aufmerksamkeit zu gewandten.

Strafbarer Güterfernverkehr. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Unterbietungen des Reichsstraßengenossenschafts durch Unternehmen, die nicht einmal die nach der Notverordnung vom 1. Oktober 1931 erforderliche Genehmigung besitzen, sind in jener Zeit mehrfach festgestellt worden. Der Betrieb von Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen ohne Genehmigung ist zu verfolgen (§ 31 der Verordnung), das Prinzip des Unternehmers kann eingezogen werden. Da-her unterliegt die Unterbietung des Reichsstraßengenossenschafts nach § 24 der Verordnung der Verhängung eines Strafzuges durch die Verwaltungsbehörden.

Reiseverkehr in die Schweiz. Das zwischen Deutschland und der Schweiz am 1. Juli 1932 in Kraft getretene Abkommen, wonach deutschen Reisenden auf Antrag durch die zuständige Devisenwirtschaftsstelle die Genehmigung zur Überbringung von Zahlungsmitteln nach der zweiten Grenze von 200 RM bis zu 500 RM erteilt wird, ist bis zum 31. Dezember 1932 verlängert worden.

Verschönerungsverein. Schon im vorigen Jahr hat der Verschönerungsverein die Verteilung der vom Blumenmarkt mit einem gemütl. Beizammenfein verbunden. Das war recht schön. Im Saal war mit Blumen geschmückt und machte einen wundervollen Eindruck. Und der Abend selbst wird jedem schmack in guter Erinnerung sein. Die diesjährige Verteilung soll am kommenden Sonnabend im Grünen Haus vorgenommen werden; mit ihr ist ein Unterhaltsprogramm mit Blumenverlosung, Vortragen und einem schließendem Tanz verbunden. Der weit über Hessen hinaus bekannte Schriftsteller Ide-Kassel zeigt in einem Vortragsvortrag die Schönheiten des Fuldales von der bis nach Würzburg. So dürfen wir uns schon heute auf diesen Abend freuen. Der Unkostenbeitrag ist mit 30 Pf. äußerst niedrig gehalten.

SA-Sonderkonzert. Im Anzeigenteil der vorliegenden Nummer wird zu einem Sonderkonzert eingeladen am kommenden Sonnabend im Heinzlichen Saale Standarte 173, die sich aus Militärmusikern zusammensetzt, veranlaßt. Man darf daher annehmen, daß mit einem guten Programm und vorzüglichen Leistungen gewarnt. Näheres s. Anzeige.

Waidmannsheil! Am gestrigen Spätnachmittag stieß Herr Mühlensieger W. Kübler hier selbst einen kapitalen Waidmannsheil. Dem glücklichen Schützen ein glückliches Waidmannsheil!

Die Wetterlage. Zunächst wird sich von Nor- den her bei uns der Einfluß des hohen Luftdrucks in Auswirkung geltend machen, doch ist die Entwicklung einer wiederen und beständigen Weiterlage nicht zu erwarten.

Trensa. Am Sonnabend fand im „Hotel zur Burg“ eine Versammlung seitens der Vaterhaus Bausparkasse, Pforzheim, statt. Aus 30 Ortschaften waren die Ortsgruppenvertreter und Vertreterleute erschienen, um gemeinsam den Organisationsplan für die am kommenden Sonnabend und Sonntag stattfindenden Ausflugsvorläufe vorzubereiten, in denen der Vorstand des Reichsflügerverbandes deutscher Bausp. Raymond Lauter, Heidelberg und 2 Vorstandsmitglieder der Vaterhaus Bausparkasse sprechen werden. Nach Gründung der Versammlung durch den Vorsitzenden der Ortsgruppe Trensa, gab der Leiter der hiesigen Landesgeschäftsstelle einen eingehenden Bericht über das Prüfungsergebnis seitens der Reichsaufsichtsbehörde. Der Bericht wurde von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen. Der Redner ging dann auf die nunmehr vollendete Neuorganisation des gesamten Bezirks ein und riet an alle Anwesenden den dringenden Appell, im Interesse der Allgemeinheit aufzutreten für den Bauspargeldantrag zu werben und zu wirken. Interessant waren noch die Ausführungen des Schriftführers der Ortsgruppe. Er regte an, den Gemeinschaftsgeldantrag dahingehend noch auszubauen, daß die einzelnen Ortsgruppen in die Lage versetzt werden, in Not geradenen Bauspären selbst helfen zu können. Entsprechend dem aufgestellten Plan soll die Möglichkeit hierzu gegeben, denn die Einnahmen, die den Ortsgruppen zuflossen, ermöglichen es, kleinere Darlehensträge während der Wartezeit den Bauspären im Notfalle zur Verfügung zu stellen. Hierüber soll in der nächsten Sitzung Beschluß gefasst werden.

Niederhöhe. Auf dem Bahngleis zwischen Niederhöhe und Bahnhof Albung wurde morgens gegen 1 Uhr von einem Eisenbahner eine unbelteidete, sichtbar zerstummelte männliche Leiche gefunden. Kleidungsstücke und einige Glieder wurden in einem Abschnitt von 200 Metern verstreut aufgefunden. Aus den vorgefundenen Papieren konnte festgestellt werden, daß es sich um den 17-jährigen Weißbinderlehrling E. aus Neuerode handelt. Man fand ferner eine an die Angehörigen gerichtete Karte, auf der er mitteilte, daß er nicht länger leben könne. Was den jungen Menschen in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt.

Wienhausen. Auf dem Anwesen des Landwirts Kurth in Kleinmalmerode brach abends ein größerer Brand aus. In der mit Erntevorräten gefüllten Scheune hatte das Feuer reiche Nahrung, griff sehr schnell um sich, so daß nach kurzer Zeit das Stallgebäude auch in Flammen stand. Der Feuerwehr und der Kreismotorspritze ist es zu verdanken, daß das neu gebaute Wohnhaus verschont geblieben ist. Stall und Scheune brannten bis auf die Grundmauern nieder. Die Entstehungsursache ist noch ungeklärt.

Aus Stadt und Land

Berliner Beamtenstiftung in Konkurs. Das Amtsgericht Berlin-Tempelhof hat über das Vermögen der Heimbau G. m. b. h., einer gemeinnützigen Beamtenstiftung, die die Schulden in Höhe von über 1/2 Millionen Mark zusammengebracht hat, das Konkursverfahren eröffnet. Etwa 1000 Beamte, die Genossen der G. m. b. h. waren, sind um ihre Anteile in Höhe von 200 Mark geschädigt und werden vorwiegend noch vom Konkursverwalter zur Zahlung von weiteren 200 Mark herangezogen werden. Die Heimbau G. m. b. h. hatte in den Außenbezirken Berlins eine Anzahl Siedlungen mit etwa 1000 Wohnungen gebaut. Das Kapital in Höhe von 200 000 Mark bestand aus den Genossenschaftsanteilen von 1000 Mitgliedern. Den Vorstandsmitgliedern, die allerdings erläutert, daß der Zulammenbruch aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt sei, wird eine leistungsfähige Geschäftsführung vorgeworfen.

Schwerer Unfall am Bahnübergang. Auf dem Bahnhof Magdeburg-Südenburg wurde auf einem Uferweg der Radfahrer Walter Meyer aus Magdeburg von dem durchfahrenden Zug D 39 erschlagen und getötet. Die Schranke war für den durchfahrenden Zug D 7976 geschlossen und zu früh wieder geöffnet worden.

Ein Liebespaar ist aufgefunden. In der Nähe von Hachingen (Hohenholz) wurde vor einem Gartenator der 5-jährige verheiratete Landwirt Robert Weiß und die ledige 39 Jahre alte Maria Haid mit schweren Schnittwunden und Schürwunden tot aufgefunden. Die Mordkommission stellte fest, daß Robert Weiß die Maria Haid offenbar nach vorausgegangenen Auseinandersetzungen mit einem Messer getötet und sich darauf selbst den Hals durchschnitten hatte. Der Grund zu der schrecklichen Tat scheint darin zu liegen, daß die Maria Haid ihr Verhältnis zu Robert Weiß lösen wollte.

Autodiebe in Köln verhaftet. Unter dem Verdacht bannenmäßiger Autodiebstähle wurden in Köln zwei Männer, die unangemeldet in der Maastrichter Straße wohnten, festgenommen. Die Festgenommenen werden von der Kriminalpolizei Hamburg wegen Autodiebstählen gesucht und gehören anscheinend einer Bande von Autodieben an, die in Berlin, Hamburg, München, Köln und anderen Städten Automobile gestohlen und die Wagen nach Fälschung der Kennzeichen und Motornummern veräußert. Ob die Festgenommenen mit dem am 15. September 1932 in Berlin-Charlottenburg ausgeführten Raub auf einem Geldtransport in Verbindung zu bringen sind, wird noch geprüft. Nach der Festnahme der beiden Autodiebe erschienen in der Wohnung ein Mann und eine Frau, die das Gespäck der Festgenommenen an sich bringen wollten. Sie wurden ebenfalls festgenommen. In Frankfurt sind drei weitere Personen, die mit den in Köln Festgenommenen in Verbindung standen, dort festgenommen worden.

Protest gegen Kreugers Bruder. In Stockholm begann der Rienprozeß, den die Konkursverwaltung vor Kreugers und Toll gegen den Bruder des Zündholzönigens Torsten Kreuger, den Generalkonsul Torsten Kreuger, angefrengt hat. Die Konkursverwaltung stellt Regrechtsprüfung in Höhe von rund 15 Millionen Kronen, die Torsten Kreuger in den letzten sechs Monaten vor seinem Selbstmord seinem Bruder verachtet hat. Die Konkursverwaltung macht gefordert, daß Torsten Kreuger, als er erkannte, daß der Konzern nicht mehr zu retten war, durch die Beiträge die Zukunft seiner Angehörigen zu sichern suchte. Torsten Kreuger behauptet dagegen, daß es sich bei den 15 Millionen Kronen um die Rückzahlung von Forderungen handele, die er gegen seinen Bruder hatte.

Die Wetterlage. Zunächst wird sich von Nor-

den her bei uns der Einfluß des hohen Luftdrucks in Auswirkung geltend machen, doch ist die Entwicklung einer wiederen und beständigen Weiterlage nicht zu erwarten.

Eröffnung der zweitältesten Tochter Macdonalds. In dem kleinen Dorf Wendover bei Chelmsford fand die feierliche Eröffnung der zweitältesten Tochter des englischen Ministerpräsidenten, Dr. John Macdonald, mit dem schottischen Arzt Dr. Alastair Macdonald statt. Zu der Feierlichkeit waren über 10 000 Menschen aus allen Teilen Englands erschienen. Neben Kabinettministern, Offizieren, einem Vertreter des Königs und Parlamentsmitgliedern sah man Bauern und Bäuerinnen aus Fosslemouth, dem Heimatdorf Macdonald. Auf ausdrücklichen Wunsch der Braut wurden die Worte: „Euch soll dein Herr sein“, aus dem Trauungsgesetzen weggelassen.

Zusammenstoss zwischen Polizei und Arbeitslosen. Im Londoner Stadtteil Westham kam es zwischen 6000 Arbeitslosen und 100 Polizisten zu einem Zusammenstoss. Die Arbeitslosen waren vor dem Rathaus aufmarschiert, um gegen die Fürzung der Unterstützungsläge zu protestieren. Als sie versuchten, in das Rathaus einzudringen, wurden sie durch starke Polizei, die mit Gummiknüppeln gegen die Menge vorgingen, auf ihrem Vordaben gehindert. Es entwickelte sich eine Handgemenge, bei dem zwei Polizisten und sechs Arbeitslose schwer verletzt wurden.

Die „Fliegende Familie“ in Schottland. Die „Fliegende Familie“ Hutchinson traf an Bord des englischen Kreuzfahrtschiffes „Lord Talbot“ in Eriboll in der schottischen Grafschaft Sutherlandshire ein. Sie begab sich im Kreislauf über die nahe gelegene Stadt Lairg. Ihre weiteren Reiseziele sind noch nicht bekannt.

Etwas 2500 Choleraopfer in Nordchina. In dem nordchinesischen Bezirk Hunan hat sich die Cholera mit großer Schnelligkeit ausgetragen und bereits über 160 Dörfer heimgesucht. Die Zahl der Todesopfer beläuft sich bisher auf etwa 2500.

Max Slevogt †

— Landau (Pfalz), 21. September.

Auf seinem Gut in Neu-Kastell ist der Maler Professor Max Slevogt an einem Herzleiden im Alter von 84 Jahren gestorben.

Slevogt hatte seit Jahren ein Herzleiden und stand aus diesem Grunde in ärztlicher Behandlung. Zu dem Herzleiden Slevogts trat eine Lungenembolie.

Fallschirmabsturz aus 7300 Meter

Ein deutscher Weltrekord.

— Kiel, 22. September.

Die deutsche Fallschirmpilotin Frau Lola Schröder-Görlich hat in Kiel den bisherigen Weltrekord im Fallschirmabsturz weit überboten. Mit einem Wasserflugzeug ließ sie Frau Schröder in eine Höhe von 7300 Meter bringen und sprang dann westlich von Kiel ab. Die Fallzeit betrug 28 Minuten, die unter dem Fallschirm zurückgelegte Strecke 45 Kilometer. Die Landung erfolgte in Hohenberg, 22 Kilometer von Kiel entfernt. Frau Schröder hat damit den bisherigen Weltrekord der Rumänin Brasu von 6000 Meter gedreist. Der deutsche Fallschirm-Höhenrekord wurde bisher von Georg Reich-Würzburg mit 5100 Metern gehalten.

Abschluß der Jahrhundert-Feier

Die Liebesgabe des evangelischen Deutschland.

— Leipzig, 21. September.

Die Schlusssitzung der Jubiläumsstagung des Gustav Adolf-Vereins in der blumengeschmückten Nikolaiturme in Leipzig brachte die Übergabe der Liebesgaben. Die Gaben sind in Altarraum der Kirche aufgebaut. Man erblickt zwei neue Glocken, ein silbernes Kreuz, Altargerüte, Altardecken und manches andere.

Die erste Gabe ist die „Sachsenagabe“ im Gesamtbetrag von 150 000 Mark, die Pfarrer Roehling-Leipzig überreichte. An der Jubiläumsammlung „Eine Million in Groschen“ sind die Hauptvereine Leipzig und Dresden mit 105 000 Mark beteiligt, so daß das Sachsenvolk trotz aller Verarmung insgesamt 255 000 Mark für den Liebesdienst an der Diaspora aufgebracht hat.

Für die Gabe des Gustav Adolf-Frauenvereins im Betrage von 25 000 Mark ist zum ersten Male in größerem Umfang auch außerhalb der Reichsgrenzen gesammelt worden. Trotz der Not der Zeit haben zahlreiche Vereine ihre Beiträge verdoppelt, einzelne verdreifacht, ein Verein verzehnfacht. Die Gaben sollen der weiblichen Diaspora im Auslande, insbesondere dem Diakonissen-Mutterhaus der Frauenhilfe in Wittenberg zugutekommen. Am Ende der langer Reihe steht die in Tausenden von Kindergottesdiensten gesammelte Gustav-Adolf-Kinderagabe in einem Betrage von 29 000 Mark.

Abstimmung über die „Große Liebesgabe“

Nach der Übergabe der Liebesgaben erfolgte die Abstimmung über das Jubiläums-Liebeswerk. Von dem Ertrag der Jubiläumsammlung „Eine Million in Groschen“ sind hierfür 180 000 Mark abgezweigt, die in Teilbeträgen von 100 000 und zwölfmal 40 000 Mark zerfallen. Für die „Große Liebesgabe“ (100 000 Mark) lagen drei Vorschläge des Zentralvorstandes vor: Die Heranbildung kirchlicher Führer in Polen, die Diaspora-Arbeit der Kaiserwerther Diakonissen und der deutsche Kirchenbau in Athen.

Die Abstimmung ergab eine überwältigende Mehrheit für die Heranbildung kirchlicher Führer und Helfer in Polen. Es handelt sich dabei um insbesondere um den theologischen Nachwuchs, die evangelische Lehrerbildung, die Schulung von Erziehern für religiöse Unterweisung, Diakonissenausbildung usw. Der Führer der Unierten Evangelischen Kirche in Polen, Generalsuperintendent D. Blau, dankte lebhaft für diesen einzigartigen Tatbeispiel der Brüderlichkeit.

Die beiden „Trotzgaben“ im Betrage von je 40 000 Mark fallen der deutsch-evangelischen Gemeinde in Athen für die Vollendung ihres Kirchenbaus und der Diakonissenanstalt Kaiserwerth für ihre weitverwante Diaspora-Arbeit im In- und Auslande zu. Der übrige Teil der Jubiläumsammlung soll zur Heranbildung des theologischen Nachwuchses für die Diaspora überhaupt, insbesondere in dem Leipziger Franz-Rendiß-Haus und für die Stützung besonders bedrängter Diasporagebiete (Siebenbürgen, Galizien, Brasilien) verwendet werden.

Als Ort der nächsten Tagung des Gustav-Adolf-Vereins wurde Königsberg bestimmt. Mit dem Gelang des letzten Verses des Liedes „Nun danket alle Gott“ stand die Jahrhunderthei der Gustav-Adolf-Vereins ihren Abschluß.

Henderson lenkt ein

Die deutsche Gleichberechtigung die entscheidende Frage der Abrüstungskonferenz.

— London, 21. September.

Das Bestreben ausgleichend zu wirken, kommt in einem Artikel zum Ausdruck, den der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, in der liberalen Zeitung "News Chronicle" veröffentlicht. Präsident Henderson bezeichnet in diesem Artikel die Frage der deutschen Gleichberechtigung als entscheidend für Genf.

Da die starke Enttäuschung der deutschen Abordnung über die mangelnde Gleichberechtigung ihrer mehrtägig vorgebrachten Forderung während des ganzen ersten Abschnitts der Konferenz allgemein bekanntgewesen sei, so habe niemand auf der Abrüstungskonferenz davon überzeugt sein können, daß diese Frage nunmehr dringlich in den Vordergrund gehoben werde. Der 13 Jahre lange Fluch der Ungerechtigkeit habe im deutschen Volke Entrüstung hervorgerufen müssen, die sich durch Nichterfüllung der von den alliierten Mächten gegebenen Versprechungen noch verstärkt habe.

Um hinblick auf die von den alliierten und assoziierten Mächten eingegangenen Verpflichtungen könne es nur eine Antwort auf den deutschen Anpruch geben, die sich nicht nur mit der Ehre, sondern auch mit der Erhaltung der guten internationalen Beziehungen vereinbaren lasse und in Übereinstimmung mit dem Ziel stehe, um dessentwillen sich die Nationen zur Abrüstungskonferenz zusammengefunden hätten.

Die gehegten Erwartungen stützen sich auf ein Versprechen, das von den Alliierten gegeben worden und das schon viel zu lange unerfüllt geblieben sei. Die Tage verlange fortwährendes und großzügiges Handeln.

Deutschland soll nach Genf

Eine Erklärung Hoovers.

— Washington, 21. September.

Zur deutschen Forderung nach Gleichberechtigung hat der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, eine Erklärung veröffentlicht, in der er darauf hinweist, daß die Haltung Amerikas zu dieser Frage klar sei. Es handle sich um eine europäische Frage, und überdies habe Amerika auch nicht den Vertrag von Versailles unterzeichnet. Die Vereinigten Staaten hätten lediglich an einer förtzweiten Abrüstung in der ganzen Welt Interesse. „Es liegt uns daran, daß Deutschland sich weiterhin an der Abrüstungskonferenz beteiligt, die heute für die ganze Welt so erfolgversprechend ist, und seine Mitwirkung zur Erreichung dieses großen Ziels zur Verfügung stellt.“

Wohin geht der Weg

wenn Ihr weiter Sklaven der Zinsknechtschaft bleibt?

Nur in den Abgrund!

Darum greift zur Selbsthilfe!

Schlicht euch dem Geschäftsgedanken —

dem Bauspargedanken

an; denn nur auf diesem Wege kann Euch geholfen werden, nur dann kann die Wirtschaft wieder gesunden.

Hören sie daher die Vorträge

von bedeutenden Fachleuten auf dem Gebiete des Bausparwesens.

Die Vorträge finden statt:

Sonnabend, den 24. Sep. 1932 in

Spangenberg, abends 8 Uhr

Stadt Frankfurt.

Hess-Lichtenau abends 9 Uhr

Gasthaus zur Eisenbahn

3 Redner sprechen!

„Vaterhaus“-Bausparkasse

Pforzheim

Landesgeschäftsstelle Treysa,
staatl. geprüfte Bausparkasse.

Klipp's Kaffee

stets frisch

H. Mohr.

Die Lage am Arbeitsmarkt

— Berlin, 22. September.

Nach dem Bericht der Reichsstatistik für Arbeitslosenversicherung betrug die Zahl der Arbeitslosen am 15. September 5 261 000, also etwa 88 000 mehr als am 31. August. An einzelnen Berufsgruppen fand eine Entlastung in anderer eine Neubelastung des Arbeitsmarktes statt, beides überwiegend aus jahreszeitlichen Ursachen. Aber auch die starke Zunahme der Arbeitsdienstwilligen deutet sich in diesen Zahlen aus. In der Arbeitslosenversicherung wurden am 15. September rund 659 000 (gegen 697 000 Ende August) Hauptunterstützungsempfänger betreut. Bei Notstandsarbeiten waren Ende August etwa 65 000 Personen beschäftigt. Im freiwilligen Arbeitsdienst fanden Ende August rund 144 000 Arbeitswillige Beschäftigung. Die Zahl der Wohlfahrtsarbeitsmärkte betrug Ende August 2 030 000.

Keine Trockenlegung des Hafses

— Berlin, 22. September.

Wie mitgeteilt wird, betrachtet das Reichsverkehrsministerium das Problem der Trockenlegung des Frischen Hafses als außerordentlich schwierig und befürchtet von einer verfrühten Dnangriffnahme eine Beunruhigung der Überförderung. Das Reichsverkehrsministerium lehnt die Trockenlegung des ganzen Hafses ab. Das Ministerium verteidigt die Ansicht, daß zunächst noch gar nicht die Frage entschieden sei, ob wirklich eine Landgewinnung in Ostpreußen aus Siedlungsgründen notwendig sei. Vielleicht könne man diese Frage für einen Zeitraum von 10 bis 20 Jahren bejahen. Es müsse dann aber weiter die Frage geprüft werden, ob überhaupt die klimatischen, wasserwirtschaftlichen und geologischen Voraussetzungen für die Trockenlegung des Frischen Hafses gegeben seien.

Kabinettsskrise in Ungarn

Kabinett Karolyi zurückgetreten.

— Budapest, 22. September.

Das Kabinett des Reichsverweser Karolyi hat seinen Rücktritt beschlossen und dem Reichsverweser davon Mitteilung gemacht. Der Reichsverweser hat das Gesuch angenommen, nachdem sein Vertrag, das Kabinett zur Zurücknahme des Rücktrittsgesuches zu bewegen, vergeblich war. Graf Karolyi wurde mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt.

In der Unterredung mit dem Reichsverweser wies der ungarische Ministerpräsident Graf Karolyi auf die innerpolitische und wirtschaftspolitische Lage des Landes hin und betonte, daß der Rücktrittsentschluß gefaßt worden sei, um die Voraussetzung für die Entwicklung der schwierigen Lage zu schaffen.

 Sonnabend, den 24. September 1932

Großes Sonderkonzert

(Militärmusik)

der S.A.-Kapelle der Standarte 173

unter Leitung von Kapellmeister Heinrich Schröder
Ausgewählte Vortragsfolge, Fanfarenmärsche, Solis
Anerkannte Leistungen prominenter Persönlichkeiten

Umfang 8.30 Uhr Unkostenbeitrag 40 Pfg.
Erwerbslose 20 Pfg.

Verschönerungs-Verein Spangenberg

Sonnabend, den 24. 9. 1932 von 20 Uhr ab
im Grünen Baum

Unterhaltungsabend

Lichtbildvortrag des Schriftstellers W. Ide Kassel über Wundernungen durch Hessen, Verteilung der Preise aus dem diesj. Blumenfestschmuckwettbewerb Blumenverlosung,

Tanz.

Die Mitglieder sowie Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich eingeladen. Zur Deckung der Unkosten wird ein Beitrag von 0,30 erhoben.

Der Vorstand.

 Freiwillige Sanitätskolonne

Sonntag vormittag 9.30 Uhr

Übung
auf dem Schulhof.

Das Kommando.

 Chorverein

„Liederkränzchen“

Donnerstag Abend

1/29 Uhr
Gesangsstunde

Der Vorstand.

Diskontsatz auf 4 % ermäßigt

— Berlin, 22. September.
Die Reichsbank hat mit Wirkung vom 22. September ab den Diskontsatz von 5 auf 4 Prozent ermäßigt. Centralbanken und Lombardkrediten werden von 6 auf 5 Prozent ermäßigt.

Zur Begründung der Diskontsatz führte Reichsbankpräsident Dr. Luther im Bentreich aus: Durch die Befreiung des bisherigen gelegten Hindernisses für eine Unterbrechung des Diskontsatzes ist der Reichsbank nunmehr die rechtliche Möglichkeit gegeben, die bisher von ihr verfolgten Weg, der dem Wirtschaftsstandpunkt aus gewährte, weiterzuführen. Sie konnte zu der momentan verhängten Zinsfestsetzung um so eher absagen, als der leichter mit Wirkung vom 28. September die Zinsfestsetzung eine weitere Erleichterung erfahrener, die Verbindung an den deutschen Geldmärkten fortsetzen. Die Erhöhung der offiziellen Raten entgeht.

Schlussfazit der Gewerkschaft

— Düsseldorf, 22. September.

Der Düsseldorfer Kongreß der Christlichen Gewerkschaften wurde mit der Annahme einer Reihe vorläufiger Vorschriften beendet, die sich gegen die Notverordnungen gerichtet haben und gegen die Arbeitserlassungen bei bestehenden sowie für Erhaltung eines sozialen Bereichs für Steuergerechtigkeit, für die Erhaltung der Sozialversicherung, für stärkere Fürsorge der arbeitenden Eltern, für gerechte Entlohnung der weiblichen Arbeiter und für einen intensiven Aufbau des Freiwilligen Arbeits-

Politische Rundschau

— Der bisherige Präsident der Reichsbahndirektionspräsident Mainz, Bloch, ist zum Reichsbahndirektionspräsidenten Altona ernannt worden.

— Hindenburgs Proletar der „Deutsche Luftpost“ ist in Berlin vom 1. bis 23. Oktober stattfinden. Der Reichspräsident hat die „Deutsche Luftpost“-Ausstellung über die „Deutsche Luftpost“ übernommen.

— Kanzlerrede im Rundfunk. Reichskanzler von Papen wird am heutigen Donnerstag abends 7 Uhr im Rundfunk. Thema sprechen: „Wir wollen helfen“

Extra billige Seifenpreise!

Kernseife, gelb	5 Stick. a. ca. 250 gr. 65 Pfg.
Kernseife, weiß	5 Stick. a. ca. 250 gr. 85
Kernseife, gelb	1 Riegel ca. 1000 gr. 52
Schmierseife dunkel	1 Pfd. 18
gekernert	1 Pfd. 28
Seifenflocken	1 Pfd. 48
Scheuerlüber	1 Stck. 25. 20
Bohnerwachs lose	1 Pfd. 50
Bohnerbeize	1 Pfd. Dose 45
Schuhcreme, schwarz	80 gr. Dose 15
braun	80 gr. Dose 20

Hess.-Lebensmittelhaus

Spangenberg

Markt

Vier Jahrzehnte

im Sinne des Goethewortes:
Ältestes bewahrt mit Treue
Freundlich aufgefaßt das Neue

Mode
Schneiderin
Handarbeit
Hauswirtschaft
Unterhaltung

Beyers Deutsche Modenzeitung

Überall 14tägig für 45 Pfg.

Schnittmusterbogen
für sämtliche Modelle

Beyer — der Verlag für die Frau
Leipzig — Weststr. 72

Bienenhonig

H. Mohr.

Es gibt kein „loses“ Persil!

Persil ~~edst~~ nur in Originalpackung!